

Direkte Demokratie



Ich bin ein Freund der direkten Demokratie. Auch nach durchgezogenen Abstimmungswochenenden. Und ich bin ein begeisterter Parlamentarier. Trotzdem gibt es einfach so Sachen, die mir nicht gefallen wollen. Da ist einmal der unbedingte Wunsch der Politiker nach Regulierung. Und zwar auf genau der Ebene, wo sie politisieren. Was in der Gemeinde oder im Kanton nicht durchsetzbar ist, das schreit nach einer Bundeslösung. Strafvollzug, Ladenöffnungszeiten oder auch Vermummungsverbote.

...

Das Zeigen von Gesicht scheint ganz allgemein allerhöchste nationale Priorität zu haben. Womit wir bei einer weiteren Beobachtung wären: Der Symbolpolitik. Wir lösen Probleme, die es in unserem Land nicht oder kaum gibt. Also verbieten wir Verschleierungen und kaufen Kampfflugzeuge. Statt gescheite Entscheide zu fällen, setzen wir «Zeichen». Gegen den Islamismus oder für die Armee. Auch wenn das seinen Preis hat. Im Parlament gibt es aber nicht nur Zeichen, sondern auch ganz handfeste Interessen. So hat diese Woche eine alpine Mehrheit des Nationalrates beschlossen,

Pistenfahrzeuge von der Mineralölsteuer zu befreien. Kein Witz. Oder da war ein SVP-Kollege, der sich sonst natürlich für mehr und härtere Freiheitsstrafen einsetzt: Er möchte an bedingten Geldstrafen festhalten – aber nur bei Strassenverkehrsdelikten. Alles andere wäre ein «Angriff auf den Mittelstand». Als ob neben Gewaltstraftätern nicht auch Raser töten könnten. Ein anderer Nationalrat der CVP (!) wehrte sich erfolgreich gegen ein nationales Waffenregister, obwohl selbst die Polizei dafür wäre. Der Mann ist Präsident des Schützenverbandes seines Kantons. Beliebt ist in unserer atemlosen Zeit auch die ganz schnelle Reaktion, nennen wir sie neumödig «Stand-up-Legislation». Über die Hälfte der Mitglieder des Nationalrates haben einen Vorstoss zur Verschärfung des Jugendstrafrechts unterschrieben. Und damit gezeigt, dass sie sofort auf einen Fernsehfilm reagieren können. Und dies auch, wenn das offensichtlich zu mehr Rückfällen und ironischerweise zu höheren Kosten führt.

...

Solche Schnellpolitik wird gratismedial abgefeiert. Nichts schrecklich genug, dass es nicht zur Selbstinszenierung brauchbar wäre. Oder was ist vom Vorschlag einer SVP-Nationalrätin zu halten, man solle Straftätern einen Chip unter die Haut implantieren? Wieviele «Likes» gewinnt man damit auf Facebook oder in den online-Kommentaren? Und wo geht es zu den Brandzeichen oder zur finalen Einschläferung? Dabei leben wir doch eigentlich in einem glücklichen, bedächtigen und vernünftigen Land. Und dürfen jetzt endlich nachts um Vier Bratwürste kaufen. Und so.

Martin Naef

Nach den deutschen Wahlen



Alle rechneten mit einem Sieg von Angela Merkel. Dennoch ist vieles anders gekommen, als erwartet. Das Wahlresultat ist paradox: Triumph für Merkel, keine Mehrheit. Erstmals verfiel die Zweistimmenkampagne der FDP nicht mehr. Die Partei, die seit Gründung der Bundesrepublik in den meisten Regierungen sass, gehört nicht mehr dem Bundestag an, weil sie, auf eine Klientelpartei von Zahnärzten und Hoteliers reduziert, schlicht keine Existenzberechtigung mehr hat. Mit liberalen Werten, die nicht einfach neoliberales Gerede sind, hatte diese Partei nichts mehr zu tun. Die Zeiten, als die FDP Garantin war für eine liberale Innenpolitik, sind längst vorbei. Auch Angela Merkel schien nicht sehr traurig, diesen lausigen Partner los zu werden, der in der Regierung kaum mehr eine Rolle spielte. Allerdings hat sie nun in der Stunde ihres grössten Triumphes keine Mehrheit mehr. Die CDU/CSU hat die Mär, das Zeitalter der Volksparteien sei vorbei, eindrücklich widerlegt. Natürlich ist es primär ein Sieg von Merkel, die ihre Partei gehörig reformiert hat. Ihre Stärke ist, dass sie keine Programme verkündet, die sie nicht einhalten kann. Zweite grosse Wahlverliererin ist die SPD, auch wenn sie 2,5

Prozentpunkte vorwärts machte: Sie konnte nicht einmal so viele zusätzliche Stimmen mobilisieren, wie die Linke und die Grünen kumulativ verloren. Eine parlamentarische Mehrheit rot-rot-grün gibt es nur deshalb, weil die FDP rausflog; insgesamt verlor diese Konstellation gegenüber vor vier Jahren. Man mag ja Peer Steinbrück für einen intellektuellen und rhetorischen Glücksfall halten, als Kanzlerkandidat war er ungeeignet. Er steht für die Agenda 2010 und Hartz IV und deshalb nicht glaubwürdig für eine soziale Wende. Die SPD hat aber ein viel grundsätzlicheres Problem: Ohne die Linke wird sie absehbar keine Kanzlerschaft übernehmen können. Rot-Grün als Mehrheitsperspektive hat ausgedient, der Weg zu einer Mehrheit nach Merkel kommt an der Linken nicht vorbei. Vom jetzigen SPD-Führungspersonal ist diese Umorientierung freilich nur Hannelore Kraft zuzutrauen. Für die Grünen bedeutet der Wahlausgang eine deutliche Ohrfeige. Ausschlaggebend war fraglos ihr unüberlegt beschlossenes Steuererhöhungsprogramm, das in den Zentrum ihres Wahlkampfes gerückt wurde. Zum einen verprellte sie damit ohne Not einen Teil gerade jener WählerInnen, die den Grünen etwa bei den Wahlen in Baden-Württemberg neue Dimensionen eröffnet haben. Zum anderen führte sie damit ihren Wahlkampf mit einem SPD-Thema, statt als Partei der Energiewende dazustehen. Müsste ich zwischen Trittin und Kretschmann wählen: Ich halte Kretschmann für den derzeit mit Abstand glaubwürdigsten grünen Politiker. Wie er würde auch ich über Schwarz-Grün mindestens einmal nachdenken. Um ins Spiel zu kommen, auch wenn eine genügende Schnittmenge kaum vorhanden ist.

Daniel Vischer